Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 4

Artikel: Die Wahlen in Oesterreich
Autor: Leichter, Otto
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328663

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Leider wird der Beschluß sowohl von den Versicherten als auch den Arbeitgebern viel zu wenig gewürdigt.

Sodann wurde durch Beschluß der Behörde ein Hilfsfonds zugunsten der obligatorisch versicherten Personen und ihrer Hinterlassenen geschaffen, aus dem bis Ende 1922 rund Fr. 84,000 geflossen sind. Und schließlich wurde zugunsten der Arbeitslosen ein Beschluß von sehr wohltätiger Wirkung gefaßt, wonach der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung einem Lohnanspruch gleichgestellt wurde.

Gewiß werden Streitigkeiten zwischen Versicherten und der Anstalt nie aus der Welt geschaffen werden. Es liegt auch nicht im Interesse der Parteien, dem Streit immer aus dem Wege zu gehen. Die Anschauungen und Rechtsauffassungen sind vielfach zu verschieden, als daß sie harmonisch ausklingen könnten.

Es lag mir daran, vor der Arbeiterschaft die Unterschiede zwischen Haftpflichtgesetzgebung und dem neuen Unfallrecht wieder einmal aufzurollen und ihr darzulegen, daß doch manches besser geworden ist, daß sich Vorteil oder Nachteil des neuen Rechtes nicht daran in erster Linie ermessen lassen, ob einzelne Verunfallte mehr oder weniger zu ihrem Recht kommen, sondern ob von allgemeinen Gesichtspunkten und der sozialen Gesetzgebung aus, gemessen an den Leistungen des alten und neuen Rechtes, das letztere vorzuziehen ist. Und die Versicherten sollen sich namentlich auch hüten, alle Kritik, die an Wirtstischen und gelegentlich auch in der Presse von interessierter Seite an der Anstalt geübt wird, einfach als bare Münze hinzunehmen.

Ich stehe als einer derjenigen, der auf einem Arbeitersekretariat die Interessen von Verunfallten in häufigen Fällen wahrzunehmen hat, zu der Behauptung, daß die Rückkehr zu den früheren Zuständen nicht erwünscht sein kann. Was heute gesetzgeberisch und praktisch im Unfallrecht nicht richtig gelöst ist, kann verbessert werden.

Die Verunfallten sollen sich selbstredend um ihre Rechte wehren. Wo kein Kläger, ist auch kein Richter. Und es ist ja dafür gesorgt, daß bestrittene Ansprüche mit wenigen oder gar keinen Kosten gerichtlich ausgetragen werden können. In einigen Kantonen ist das Prozeßverfahren unentgeltlich, in anderen ist die Kostenlosigkeit des Prozesses mit Leichtigkeit zu erreichen.

Für Erledigung von außergerichtlichen Anständen stehen den Versicherten überall die Arbeitersekretariate zur Verfügung.

Die Wahlen in Oesterreich.

Von Dr. Otto Leichter, Wien.

Das ziffernmäßige Ergebnis der Nationalratswahlen, die am 21. Oktober in Oesterreich stattfanden, läßt sich ganz kurz zusammenfassen: Während der Stimmenzuwachs aller bürgerlichen Parteien

zusammen 2 % ihrer früheren Stimmen betrug, haben die Sozialdemokraten ihre Stimmenzahl um 20 % vermehrt und so nicht nur die Stimmeneinbuße der Wahlen des Jahres 1920 wettgemacht, sondern auch die größte Stimmenzahl, die sie in der Hochflut der Revolution errungen hatten, überschritten. — Die Zahl der Parlamentsmitglieder ist aus Ersparnisgründen von 183 auf 165 herabgesetzt worden. Von diesen 18 Mandaten verliert die aus Christlichsozialen und Großdeutschen bestehende bürgerliche Regierungskoalition 17 Sitze, während die Sozialdemokraten im neuen Parlament nur einen Sitz weniger haben. — Der neue Nationalrat setzt sich also aus 68 Sozialdemokraten, 83 Christlichsozialen, 10 Großdeutschen und 4 Landbündlern zusammen.

Die Voraussetzungen des Wahlkampfes waren für die Arbeiterschaft alles eher denn günstig. Bekanntlich ist es dem christlichsozialen Bundeskanzler Seipel, einem katholischen Geistlichen, der ganz zweifellos ein bürgerlicher und reaktionärer Politiker von Format ist, gelungen, einen Völkerbundskredit unter der Bedingung zu erhalten, daß Oesterreich seine ganze finanzielle Gebarung der Kontrolle eines vom Völkerbund zu bestellenden Generalkommissärs unterstellt, der natürlich nur der Exponent der großen finanzkapitalistischen Mächte des Kontinentes ist. Mit Hilfe dieses Kredites konnte die Regierung einen weiteren Kronensturz verhindern, die Krone stabilisieren, was zur Wahlzeit gerade auf dem Relief des wahnwitzigen Markverfalles und der wirtschaftlichen und sozialen Krise Deutschlands als nicht leicht zu widerlegendes Schlagwort wider uns stritt. Die Sozialdemokraten, das waren für den Spießer diejenigen, die den Kronensturz gebracht, die den Staat in die Krise der Geldentwertung gestürzt hatten, die gegen den Genfer Vertrag Sturm gelaufen hatten — die unter Seipels Führung vereinigten Bürgerlichen hatten endlich den Auslandskredit, die Stabilisierung und damit die Rettung Oesterreichs gebracht. Die Bürgerlichen sind für, die Sozialdemokraten gegen die Sanierung der Republik! Selbstverständlich eine Lüge, denn wem liegt mehr an der wirtschaftlichen Gesundung und damit der politischen Sicherung der Republik als der einzigen wirklich republikanischen Partei, den Sozialdemokraten?

Wurde sonst bei den Wahlen von kleinen, bürgerlichen Gruppen den Sozialdemokraten Schützenhilfe geleistet und die Einheit des bürgerlichen Blockes durch Kämpfe der bürgerlichen Parteien untereinander gestört und zersplittert, so hat sich diesmal alles gegen die Sozialdemokraten vereinigt. Die Klerikalen und die immer mehr großkapitalistisch orientierten Christlichsozialen hatten mit dem Unternehmerverband der Industriellen und dem Bankenverband ein Uebereinkommen abgeschlossen, wonach sie — offenbar gegen entsprechende finanzielle Unterstützung — diesen Gruppen Sitze im Parlament, d. h. sichere Plätze auf der christlichsozialen Kandidatenliste einräumten. Die Christlichsozialen, einst die Partei des christlichen Sozialismus nach den Ideen von Ketteler und Vogelsang, einstmals die Führerin der Kleinbürgerlichen, Ge-

werbetreibenden und der Mittelschichten, einstmals die Vertreterin der Interessen des „Kleinen Mannes" gegen das allmächtig werdende Finanzkapital der 80er und 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts, haben sich in den letzten Jahren unter der Führung Seipels in eine reaktionäre, allem sozialen Fortschritt abholde Unternehmerpartei verwandelt, die alles unter ihrem Banner zu sammeln beginnt, was durch das Interesse des Besitzes zusammengehalten wird. — Die Großdeutschen, die die eigentliche Zeche dieser Wahl bezahlen mußten, die ungefähr die Hälfte ihrer früheren Mandate an ihre christlichsozialen Koalitionsbrüder verloren haben und als politischer Faktor überhaupt nicht mehr in Betracht kommen, sind der schäbige Rest der Deutschnationalen aus dem alten Oesterreich, die durch ihre unsinnige chauvinistische Politik gegen die anderen Nationen des alten Nationalitätenstaates die Hauptschuldigen der altösterreichischen Politik waren.

Für die Sozialdemokratie ist natürlich Opposition gegenüber dieser Regierung, die den Genfer Knechtungsvertrag weiter unter der Vormundschaft des Generalkommissärs durchzuführen hat und die das Vollzugsorgan der großbourgeoisen Interessen sein wird, selbstverständlich.

Dieser Auffassung der Situation, die der Referent des Parteivorstandes, Otto Bauer, auf dem in den allerletzten Tagen abgehaltenen Parteitag vertrat, fand die allgemeine und ungeteilte Zustimmung des gesamten Parteitages von der Rechten bis zur Linken. Waren auch alle in der Auffassung über die in der nächsten Zeit einzuschlagende Taktik einig, so gab es doch eine sehr interessante und lehrreiche Debatte über das Koalitionsproblem. Wenn es auch in Oesterreich niemand gibt, der für eine Koalition mit Bürgerlichen unter jeder Bedingung wäre, wie das etwa bei dem rechten Flügel der deutschen Sozialdemokratie noch immer der Fall ist, so gibt es doch eine Reihe von führenden Genossen — vor allem die Führer der Rechten während des Krieges, Renner und Ellenbogen —, die eine Koalition mit Bürgerlichen als gar kein außergewöhnliches Mittel der sozialistischen Politik betrachten. Demgegenüber steht die Ansicht derer, die gegen die Kooperation mit Bürgerlichen vor allem oder fast nur Bedenken haben, die in einer solchen Koalition ein so außergewöhnliches und gefährliches, besonders den Glauben der Arbeiter an den Sozialismus und ihre sozialistische Reinlichkeit bedrohendes Mittel des Klassenkampfes sehen, daß es nur in ganz besonderen Situationen angewandt werden kann, in denen wirklich die ganze Arbeiterschaft hinter diesem Wagnis steht und in denen es wirklich keinen anderen Ausweg für das Proletariat gibt. Darin liegt unseres Erachtens der wirkliche und entscheidende Unterschied zwischen diesen beiden Ansichten; für die einen ist die Kooperation mit Bürgerlichen ein politischer Weg neben anderen, für die anderen kommt er als normales Mittel überhaupt nicht in Betracht. Für die einen gibt es Zeiten, in denen sich aus Gründen der politischen

Zweckmäßigkeit eine Koalition nicht empfiehlt, für die anderen ist es im kapitalistischen Klassenstaat der selbstverständliche Normalzustand, daß das Proletariat entsprechend seiner Stärke eine mehr oder weniger wirksame Kontrolle übt und den Bürgerlichen die allernotwendigsten Maßnahmen abzwingt. Hier liegt der Gegensatz vor allem zwischen Austerlitz, dem Chefredakteur der „Arbeiterzeitung", und Otto Bauer einerseits und Renner und Ellenbogen anderseits. Momentan sind diese gegensätzlichen prinzipiellen Einstellungen nicht von praktischer Bedeutung, da — wie gesagt — momentan alle gegen einen Eintritt in die Regierung sind und die Bürgerlichen auch gar keine Ursache haben, uns eine Koalition anzubieten, solange ihre, die bürgerliche, besteht.

Aber die Frage, ob Koalition oder nicht, ist noch aus einem anderen Grunde für die jetzigen Verhältnisse in Deutschösterreich unaktuell. Wir haben bei den letzten Wahlen vier Zehntel aller abgegebenen Stimmen erhalten und wir müssen bei den nächsten Wahlen nurmehr ein Zehntel, also ungefähr 300,000 Stimmen, erobern und — wir sind die Mehrheit und können eine rein sozialistische Regierung bilden, die allein wirklich sozialistische Maßnahmen durchsetzen kann. „Wir müssen die Mehrheit werden" — diese Parole hat Otto Bauer bereits zwei Tage nach der Wahl in einer großen Versammlung ausgegeben, diese Parole hat er in seinem Referat auf dem Parteitag wiederholt. Es ist die selbstverständliche Aufgabe einer Partei, nicht nach einer Verewigung der Machtverhältnisse in einer Koalition zu streben, sondern im Machtkampf der Klassen jene Dynamik des Ringens um die volle und ungeteilte Macht hervorzuheben und zu unterstreichen, die auch tatsächlich dem Klassenkampf zugrunde liegt. Wenn man den Arbeitermassen und ihren Vertrauensmännern nicht mehr sagen muß: Ihr müßt die Macht im Staat mit anderen, mit Vertretern eurer Klassengegner, teilen, sondern wenn man ihnen sagen kann, daß es ums Ganze, um die wirkliche Macht, um die Möglichkeit wirklicher sozialistischer Regierungsmaßnahmen geht, so bringt man durch diese Parolen eine ganz andere Begeisterung, eine ganz andere Kraft in die Arbeitermassen, als wenn man die Notwendigkeit eines Abfindens mit den gegenwärtigen Machtverhältnissen für längere Zeit verkündet.

So bringt der in einer international für den Sozialismus sehr ungünstigen Zeit abgeschlossene Wahlkampf in Oesterreich und die sich aus ihm ergebende Richtung unserer weiteren Politik neue Energien und neue Impulse für unsere Bewegung. Der österreichische Sozialismus ist trotz aller internationalen Rückschläge im Vorschreiten begriffen und daraus kann nicht nur die österreichische Partei, sondern auch die in vielen Ländern in die Defensive geratene Arbeiterbewegung frische Kraft und frischen Mut schöpfen.